

Jetzt wird aufgerüstet: Höhere Zäune, schärfere Hunde

Nachdem freilebende Wölfe mehrfach Schafe gerissen haben: Birkner sichert Hilfen für Schutz der Herden zu

Hannover (wbn). □ **Spezialzäune und die Aufrüstung mit Herdenschutzhunden – das wird den Schafzüchtern zur Abwehr der Wölfe in Niedersachsen empfohlen.**

Niedersachsens Umweltminister Stefan Birkner (FDP) hat Schafhalter im Land finanzielle Hilfen für den Schutz ihrer Herden vor Wölfen zugesagt. Dem NDR Fernsehmagazin „Hallo Niedersachsen“ sagte Birkner: „Wir haben uns entschlossen, die Schafhalter zu unterstützen bei Ihren Bemühungen, ihre Herden zu schützen.“ Bis Ende Oktober solle Klarheit herrschen. „Wie das konkret ausgestaltet wird - also am Ende geht es um die Frage der finanziellen Unterstützung beim Bau von Zäunen etwa - das erarbeiten wir derzeit“, so Birkner.

Fortsetzung von Seite 1

Anders als andere Tierarten könne der Wolf nicht bejagt werden. „Insofern habe ich mich entschlossen, dass wir hier auch helfen müssen.“ Dabei wolle er sich an Sachsen orientieren, „die ja noch mit viel mehr Wölfen konfrontiert werden als wir in Niedersachsen.“ Er gehe davon aus, dass dies der richtige Weg sei, „um die Akzeptanz bei den Schafhaltern weiterhin zu haben.“ Birkner reagiert damit auf die Sorge der Schäfer, die Wölfe könnten Tiere ihrer Herden reißen. Nach mehr als 150 Jahren hat sich der Wolf wieder in Niedersachsen angesiedelt. Laut Landesjägerschaft gibt es inzwischen acht Tiere im Land. Unter anderem lebt eine Wolfs-Familie auf dem Truppenübungsplatz Munster.

Einer der erwachsenen Wölfe hatte im August die Schafherde einer Hobby-Halterin

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 27. September 2012 um 18:42 Uhr

angegriffen und vier Tiere getötet. Der Verband der Schafzüchter fordert deshalb finanzielle Unterstützung vom Land, um höhere Zäune aufstellen und spezielle Herdenschutzhunde anschaffen zu können. Sachsen bezuschusst den Kauf von Zäunen bereits. Reißt ein Wolf dort ein Schaf, bekommen Schäfer außerdem den Wert zu 100 Prozent ersetzt. Niedersachsen erstattet bislang 80 Prozent des Werts.